

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 5. Ratssitzung vom 11. Juni 2014

136. 2014/120

Postulat von Guido Hüni (GLP) und Maleica Landolt (GLP) vom 09.04.2014: Überprüfung sowie allfällige Anpassung der Rechtsgrundlage für die durch die «sip züri» wahrgenommenen Sicherheits- und Begleitungsaufgaben

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Guido Hüni (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4900/2014): Die sip züri ist eine Erfolgsgeschichte. Sie vermittelt überall dort, wo es zwischen Gruppen und anderen Nutzern zu Beanstandungen kommt. Sie greift bei Störungen, Konflikten und Belästigungen im öffentlichen Raum ein und ist ein etablierter Betrieb. Sie verfügt über keine polizeilichen Kompetenzen. Sie kann Sicherheit vermitteln, diese aber nicht mit Gewalt durchsetzen. Gerade diese Mischung zwischen sozialarbeiterischem und ordnungsdienstlichem Auftrag macht sie meiner Meinung nach so erfolgreich. Die sip züri hat ihr Angebot über die Jahre erfolgreich ausgeweitet. So etwa erfüllt sie ihre Aufgaben unter anderem auch beim Strichplatz in Altstetten und ist seit 2014 beim Asylzentrum im Juchareal für die Ordnung verantwortlich. Diese beiden Aufgaben sind aber nicht im offiziellen Auftragsbereich enthalten. Damit begibt sich die sip züri in ein heikles Gebiet, für das noch keine Rechtsgrundlage besteht. Es besteht der Bedarf, den Rechtsrahmen neu zu formulieren.

Roberto Bertozzi (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. Mai 2014 gestellten Ablehnungsantrag: Die Postulanten wollen die Verantwortung und den Aufgabenbereich der sip züri weiter ausdehnen. Wir sind gegen diese Entwicklung. Sie führt unter anderem zu einer Konkurrenzierung des Sicherheitsgewerbes. Zudem gehören die Asylanten nicht zum typischen Zielpublikum der sip züri. Sie entwickelt sich immer mehr zu einem Ordnungsamt nach deutschem Vorbild. Eine Grundsatzdiskussion bezüglich der Aufgaben eines derartigen Ordnungsamts und der Polizei fehlt. Deshalb sind wir gegen die Ausdehnung des Aufgabenbereichs der sip züri.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Gemäss Postulatstext geht es darum, dass die Rechtsgrundlage überprüft wird. Weiter wird geschrieben, dass man sie entsprechend anpassen muss. Das bedeutet, dass die sip züri durchaus Aufgaben wie die nun erwähnten übernehmen soll. Aus diesem Grund lehnen wir den Vorstoss ab. Wir wollen nicht, dass die Rechtsgrundlage dahingehend angepasst wird, dass die sip züri plötzlich Bewachungsaufgaben wahrnimmt, die auch Private durchführen könnten. Die sip züri hat keine polizeilichen Kompetenzen. Das Geld sollte besser dem Polizeidepartement zur Verfügung gestellt werden. Dass man nun das Aufgabengebiet immer weiter

ausbaut und möglicherweise auch noch Asylunterkünfte im Aargau oder irgendwo sonst von der sip züri bewachen lässt, können wir nicht unterstützen.

Michael Kraft (SP): Die Struktur der sip züri ist über die Jahre gewachsen. Eine Überprüfung ist sinnvoll. Dabei könnten auch Fragen im Zusammenhang mit dem Betrieb des Asylzentrums geklärt werden. Gerade beim Asylzentrum halte ich es für sinnvoll, dass die sip züri dort arbeitet, allein schon deswegen, weil sie schon auf dem nahegelegenen Strichplatz einen entsprechenden Auftrag hat. Es ist sinnvoll, dass hier nicht mehrere Organisationen nebeneinander arbeiten. Ich möchte mir zudem nicht vorstellen, dass Firmen wie Securitas oder Delta Security eine derart sensible Aufgabe übernehmen, die eindeutig eine Staatsaufgabe ist. Eine private Firma könnte auch nicht alle Aufgaben übernehmen, die die sip züri nun innehat. Im Sinne einer Auslegeordnung unterstützen wir das Postulat.

Niklaus Scherr (AL): Als Rechtsgrundlage für die sip züri dient der Beschluss von 1990 über Sozialhilfe an Suchtmittelabhängige, psychisch Behinderte und sozial Auffällige in Not. Diese Rechtsgrundlage deckt nicht einmal ansatzweise die ganze Breite des heutigen Aufgabengebiets ab. Es braucht eine Grundsatzabstimmung, ob wir neben der Polizei und der Sozialarbeit eine Mischform wollen, die im Rahmen des Budgets ständig ausgebaut werden kann. Diese Frage muss dem Volk vorgelegt werden. In diesem Sinne geht der Vorstoss in die richtige Richtung. In der Schulsozialarbeit etwa existiert ein Grundsatzentscheid des Volks. Bei der sip züri hingegen wird schleichend ausgebaut. Wenn es um polizeiliche Kompetenzen geht, muss das Monopol klar beim Staat bleiben. Die sip züri ist keine Hilfspolizei. Wir setzen uns für saubere Rechtsgrundlagen ein und unterstützen den Vorstoss.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Den ursprünglichen Auftrag der sip züri erachten wir als sinnvoll. Es soll darum gehen, dass alle Gruppierungen in der Stadt Platz haben und dass man rücksichtsvoll miteinander umgeht. Wir wollen keine sip züri, die Überwachungsfunktionen übernimmt. Überwachungsfunktionen sind unserer Meinung nach ein Auftrag der Polizei. Wir wollen bei der sip züri auch keine grundsätzliche Ausweitung auf Überwachungsfunktionen, insbesondere bei Asylbewerbenden. Wir sprechen von Asylbewerbenden und nicht von Kriminellen, die bewacht werden müssen. Wir lehnen eine Erweiterung des Auftrags und somit auch den Vorstoss ab.

Walter Angst (AL): Katharina Prelicz-Huber (Grüne) hat uns in ihrem Votum die sip züri als Helferin und Retterin präsentiert, die dafür sorgt, dass der Junkie gut mit der Mutter in der Bäckeranlage auskommt. Das ist ein weichgezeichnetes Bild. Natürlich kommen solche Situationen vor, doch die Polizei macht das oft professioneller. Der Auftrag der sip züri ist klar und soll nicht verwedelt werden.

Mauro Tuena (SVP): Die sip züri ist kein geeignetes Instrument für derartige Bewachungen. Wenn schon, ist es bei Asylunterkünften Sache der Polizei. Michael Kraft (SP) nannte zwei Firmen, die seiner Meinung nach untauglich für die Wahrnehmung von Bewachungsaufgaben sind. Das ist unerhört. Diese Unternehmungen leisten ausgezeichnete Arbeit und nehmen teilweise auch Aufträge des Staats wahr. Tatsache ist,



3 / 3

dass die Privaten strengen Kontrollen unterliegen. Ich bin sicher, dass es die Privaten ebenso gut machen wie der Staat, aber sicher um einiges besser als die sip züri.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Die Debatte zeigt, dass die Diskussion der Rechtsgrundlage notwendig ist. Wir müssen diskutieren, welche Aufgaben von der sip züri übernommen werden sollen. Die sip züri ist weder privater Sicherheitsdienst noch Polizei. Das macht die Herausforderung so speziell. Es ist eine Institution, die sich auch an neuen Herausforderungen orientieren muss. Es gibt sehr unterschiedliche Überlegungen, ob man beim Testzentrum Juch eher die Polizei oder private Sicherheitsdienste einsetzen soll. Deshalb sollten wir nicht unglücklich darüber sein, dass wir die sip züri haben. Wir sind gerne bereit, die Fragen zu prüfen. Wir haben auch keine Angst vor Abstimmungen. Wir sind überzeugt, dass die sip züri ihre Aufgaben bisher gut erfüllt hat und dass Möglichkeiten bestehen, neue Herausforderungen anzunehmen.*

Das Postulat wird mit 81 gegen 35 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat